



Landesteilhabebeirat Am Markt 20 28195 Bremen

Vorsitzender
Arne Frankenstein
Stellvertreterin
Birgit Meierdiercks
Stellvertreter
Lars Müller

Protokoll: Monique Birkner
Landesteilhabebeirat
Teerhof 59
28199 Bremen
Tel. (0421) 361-18181
E-Mail: office@landesteilhabebeirat.bremen.de
Bremen, 29. April 2021

28. Sitzung des Landes-Teilhabebeirats am 15. April 2021

Dauer: 15:00 - 18:00 Uhr
Ort: zoom Videokonferenz

Die Begrüßung und Moderation erfolgt durch den stellvertretenden Vorsitzenden Lars Müller. Der Vorsitzende ist wegen eines wichtigen Arzttermins verhindert.

Lars Müller informiert über zwei neue Gäste. Die Zentralelternvertretung (ZEV) der Tageseinrichtungen für Kinder in Bremen wird durch Jessica Jagusch und das Gesundheitsamt Bremen Fachbereich Psychiatrie und Sucht durch Julia Ponke vertreten.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit zwei Änderungen/ Ergänzungen genehmigt. Ergänzend unter TOP 3 soll ein Abgesandter des Landesteilhabebeirats an dem Entwicklungsprozess der Bremer Innenstadt/ Domsheide bestimmt werden. TOP 5 und 6 wird auf Grund von Anschlussterminen von Frau Lange getauscht.

TOP 2: Protokoll vom 4. Februar 2021

Das Protokoll der 27. Sitzung des Gesamten Beirats vom 04. Februar 2021 wurde ohne Änderungswünsche angenommen.

TOP 3: Wahlen

Vertragskommission SGB IX - UK 5 - Assistenzleistungen im Kita- und Schulbereich

Die UK 1 hat sich in ihrer Sitzung am 26.03.21 mit der Schulassistenz befasst. Es herrscht zwischen den Vertragsparteien und der Interessenvertretung behinderter Menschen Einigkeit, dass der Bereich der Schulassistenz perspektivisch im Landesrahmenvertrag abgebildet und in der UK 5 verhandelt werden soll. Erstmals „nur“ Assistenzleistungen im Kita-Bereich. Zu diesem Zweck sollen drei Personen aus dem Landesteilhabebeirat in die UK 5 abgesandt werden. Der stellvertretende Vorsitzende stellt hierfür folgende Personen zur Abstimmung:

Herr Frankenstein

Frau Siemer (Verein eine Schule für Alle)

Herr Steinbrück

Die stimmberechtigten Mitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Landesarbeitsgemeinschaft Schulassistenz

Um das Thema Schulassistenz vorab umfassend zu behandeln, wird eine „Landesarbeitsgemeinschaft Schulassistenz“ gegründet. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft liegt bei Frau Breitenfeldt, der Referatsleiterin von Referat 20 bei Soziales. Gegenstand der Befassung sollen alle Formen der Schulassistenz sein und zwar rechtskreisübergreifend. Das bedeutet, dass sowohl der Rechtskreis SGB VIII als auch der Rechtskreis SGB IX systematisch bearbeitet werden soll. Herr Michell-Auli hat dem LBB und dem LTHB jeweils einen Sitz in der Landesarbeitsgruppe angeboten, der LBB hat bereits in der Sitzung am 26.03.21 seine Zustimmung signalisiert und mitgeteilt, dass er die weitere Klärung im Landesteilhabebeirat zur Abstimmung stellen wird. Zu diesem Zweck wird ein Mitglied aus dem LTHB in die Landesarbeitsgemeinschaft abgesandt. Der stellvertretende Vorsitzende stellt Wilhelm Winkelmeier zur Wahl. Die stimmberechtigten Mitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Entwicklungsprozess der Bremer Innenstadt/ Domsheide

Hintergrund ist die bevorstehende Umgestaltung der Domsheide bzw. der gesamten Innenstadt. Die Senatorin für Klimaschutz hat vor ca. 2 Jahren mit den Planungen begonnen und zu diesem Zweck mehrere Varianten erstellt. Variante 5.1 ist bislang die einzige der erarbeiteten Varianten, welche die Barrierefreiheit der Domsheide verbessern würde. Es ist vorgesehen, die Haltestellen der Linien 2 und 3 (vor dem Landgericht) und die Haltestelle der Linien 4, 6, 8 etc. (in der Balgebrückstraße) zu einer Haltestelle vor der Glocke zu zentrieren. Positiv würde sich dies auf die Umsteigezeiten auswirken, sowie die Umsteigesituation insgesamt verbessern, da der Weg von der

Haltestelle Balgebrückstraße beispielsweise über eine erhebliche Steigung Richtung Haltestelle vor dem Landgericht verfügt. Derzeit ist der Prozess allerdings ins Stocken geraten, da sich unter anderem die Glocke sowie die sog. Kulturszene gegen diese Variante ausgesprochen haben. Nach bisherigen Kenntnisstand wird eine Arbeitsgruppe für den Entwicklungsprozess eingerichtet. Eine Person aus dem Landesteilhabebeirat soll in das Gremium entsandt werden. Der stellvertretende Vorsitzende schlägt Joachim Steinbrück vor. Die stimmberechtigten Mitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

TOP 4: Fortschreibung des Landesaktionsplans- Beteiligung des Landesteilhabebeirats

- Rückmeldungen zu den 1. AG-Sitzungen im März 2021
- Vorbereitung der 2. AG-Sitzungen im Juni 2021

Schutz der Persönlichkeitsrechte/ Familie und Partnerschaft

Udo Schmidt berichtet zu folgenden Themen:

- o Recht auf Elternschaft und Unterstützung
- o Barrierefreier Zugang zum Beratungs- und Unterstützungssystem
- o Gewaltschutz & Prävention
- o Recht auf selbstbestimmte Sexualität und Partnerschaft

Udo Schmidt hat die erste Sitzung gut gefallen. Er beschreibt sie als "bunt". Aus seiner Sicht hätte die Beteiligung größer sein können. Aber insgesamt war es zufriedenstellend.

Gesundheit und Pflege

Heima Schwarz-Grote berichtet zu folgenden Themen:

- o Suchthilfe
- o Zugang zur Selbsthilfe
- o Doppeldiagnose/ Medizinisches Zentrum für Erwachsene mit Behinderung
- o Genesungsbegleitung - Ambulantes Unterstützungssystem

Heima Schwarz-Grote merkt an, dass die Arbeitsgruppe gut vorbereitet gewesen ist. Über die hohe Teilnehmerszahl war sie erfreut. Schwerpunktthema war das Thema Psychiatrie. Daneben wurden unter anderem die Versorgung behinderter Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Ausweitung des Angebots der Genesungsbegleitung erörtert.

In der Arbeitsgruppe im Juni stehen die Themen Selbsthilfe und somatische Erkrankung auf der Tagesordnung.

Information und Kommunikation

Nicole Francke berichtet:

Die Arbeitsgruppe Information und Kommunikation war zunächst nicht als eigenständige AG vorgesehen. Anfang letzten Jahres wurde die AG gebildet. Die Gruppe beschäftigte sich bislang mit den barrierefreien Zugang zu politischen und gesellschaftlichen Prozessen sowie zur politischen Partizipation.

Bildung und Wissenschaft (Erziehung)

Schulische Bildung: Joachim Steinbrück berichtet, die Sitzung wäre gut vorbereitet und moderiert gewesen. Es wurden diverse Fragestellungen thematisiert, z. B. wie Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten (sog. Systemsprenger) inklusiv beschult werden könnten. Steinbrück bittet darum, im Vorfeld zu den nächsten Sitzungen frühzeitig Hintergrundinformationen zu versenden. So kann man sich besser einen Überblick über die anstehenden Themen und den aktuellen Stand machen.

Wissenschaft: Nicole Francke berichtet, dass die Unter-AG stark geprägt durch Themen der Universität Bremen gewesen ist. Unter anderem ging es um Zugänglichkeitsmöglichkeiten zu Literatur, konkret um Möglichkeiten diese einzuscannen oder online barrierefrei zu bekommen. Bauliche Barrierefreiheit und Beantragung einer Studienassistenten sind weitere Themen gewesen. Nicole Francke betont, dass es wichtig sei für die kommenden Sitzungen den Teilnehmendenkreis zu erweitern und auch andere dringende Themen im Bereich der Wissenschaft, losgelöst von der Uni Bremen zu diskutieren.

Arbeit und Beschäftigung

Birgit Meierdiercks betont eingangs die gute Moderation durch den Focal Point. Bedauerlich sei gewesen, dass weder Elternvertretung noch Menschen mit Migrationshintergrund teilgenommen haben. Darüber hinaus sollte aus ihrer Sicht die Schnittstelle Schule und Arbeit ein Schwerpunkt in der kommenden AG darstellen.

Patrick George berichtet, dass auch der Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt, Fördermöglichkeiten für behinderte Menschen in Beschäftigung, Integrationsberatung und weitere Themen diskutiert wurden. Aus seiner Sicht muss das Budget für Arbeit noch mehr in den Fokus rücken und nach Möglichkeit sollte ein Inklusionsbetrieb im öffentlichen Dienst (also der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber) vorgesehen werden.

Mobilität, Bauen, Wohnen und selbstbestimmte Lebensführung

Udo Schmidt berichtet:

- Fortsetzung der Umwandlung stationärer Angebote
- Assistenz/ Akzent/ ISB/
- Quartierswohnen - Sozialraumorientierung

Es wurde der Wunsch geäußert, das Thema selbstbestimmte Lebensführung in einer separaten Sitzung abzuhandeln. Der Focal Point sichert zu, diesen Wunsch zu berücksichtigen.

Kultur, Freizeit und Sport (Gerald Wagner)

Gerald Wagner berichtet:

- Barrieren in Kultureinrichtungen
- Stadtführer barrierefreies Bremen
- Medien
- VHS

Gerald Wagner empfand die Sitzung als produktiv. Die Teilnehmendenzahl sowie Diversität der Teilnehmenden war aus seiner Sicht gut. Schwerpunktthemen waren unter anderem die Herstellung baulicher Barrierefreiheit in Kultureinrichtungen, inklusive Medienangebote und die Regelung zu Begleitpersonen für behinderte Menschen. Gerald Wagner beschreibt die Diskussion als sehr lebhaft und konstruktiv. Die nächste AG behandelt schwerpunktmäßig das Thema Sport.

TOP 5: Landespflegegeldgesetz - Abstimmung einer Rückmeldung des Landesteilhabebeirats an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

Joachim Steinbrück erläutert den Prozess von 2016 bis heute. Die Einführung und die sukzessiven Verbesserungen von gesetzlichen Leistungen zur Deckung der behinderungs- bzw. pflegebedingten Mehraufwendungen wie insbesondere die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung führten dazu, dass behinderte Menschen heute nur noch im Ausnahmefall einen Anspruch auf Landespflegegeld haben. Nach ersten Erörterungen wurde ein Eckpunktepapier im November 2018 seitens der Senatorin für Soziales vorgelegt. Der Landesteilhabebeirat wird hierzu Stellung nehmen. Verfahrensvorschlag: Schriftliches Beschlussverfahren. Ein erster Entwurf der Beschlussvorlage wird von Joachim Steinbrück bis Anfang Mai erstellt und an den Verteiler versendet.

TOP 6: Corona-Pandemie - Austausch zu aktuellen Fragestellungen

Katrin Lange berichtet, dass die Priogruppe 2 aktuell im Impfzentrum auf der Bürgerweide geimpft wird. Darüber hinaus haben auch die niedergelassenen Ärzt:innen begonnen, Ihre Patient:innen zu impfen - vorrangig pflegende Angehörige und Personen mit Vorerkrankungen sowie immobile Personen. Die Praxen schreiben die Patient:innen proaktiv an, um die Prioritätenliste abzuarbeiten. Die Senatorin für Gesundheit plant eine Übersicht zu erstellen welche Praxen über ein Impfangebot verfügen.

Kai Steuck merkt an, dass es von Seiten des LBB kritisch gesehen wird, dass die niedergelassenen Arztpraxen so stark einbezogen werden. Grund der Haltung ist die mangelnde Barrierefreiheit in vielen Praxen. Der LBB sieht das Impfzentrum als passendes Angebot. Katrin Lange weist darauf hin, dass die Verlagerung der Impfung auf die Arztpraxen eine Forderung des Bundes gewesen ist.

In den Besonderen Wohnformen wird aktuell erhoben, wie viele Erst- und Zweitimpfungen bereits durchgeführt wurden. Für Bremerhaven wird eine Erstquote von 69 % in den Besonderen Wohnformen angegeben. Jedoch sieht aktuell eine Allgemeinverfügung die erneute Schließung der Werkstätten und Tagesförderstätten vor. Grund ist die aktuelle pandemische Lage in Bremerhaven. Es wird wieder eine Notbetreuung eingerichtet.

TOP 7: Was bewegt die stimmberechtigten Mitglieder?

Der Tagesordnungspunkt wird aus zeitlichen Gründen vertagt.